

GROSSER RAT

GR.16.139-1

VORSTOSS

Motion Gabriel Lüthy, FDP, Widen (Sprecher), Antoinette Eckert, FDP, Wettingen, Hans Dössegger, SVP, Seon, Ralf Bucher, CVP, Mühlau, Alois Huber, SVP, Möriken-Wildegger, Rosmarie Groux, SP, Berikon, Dr. Johannes Jenny, FDP, Baden, Sandra Lehmann, GLP, Wohlen, Robert Obrist, Grüne, Schinznach, und Michael Notter, BDP, Niederrohrdorf, vom 28. Juni 2016 betreffend Littering

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Litteringverbot mit einer klaren prohibitiven Sanktionsregel auszuarbeiten und dem Grossen Rat eine gesetzliche Regelung für die Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Zunehmendes Littering entlang von Strassen, auf öffentlichen Plätzen, im Landwirtschaftsland mit zum Teil üblen Folgen für die Tiere, die diesen Abfall fressen, nach Grossveranstaltungen auf dem Gelände und in dessen Umgebung, auf Rastplätzen, in Schularealen, bei Waldhütten, auf Bahnhöfen, in Zügen und in Bussen, rund um viele Schnellimbissgeschäfte (Liste der durch Abfälle verunreinigten Orte ist nicht abschliessend) ist ein öffentliches Ärgernis und kann nicht länger toleriert werden.

Die Motion 14.62 wurde vom Regierungsrat unter anderem mit der Begründung zur Ablehnung empfohlen, weil auf Bundesebene hierzu Diskussionen im Gang seien. Der Nationalrat hat zwischenzeitlich an seiner Sitzung vom 16. Juni 2016 eine nationale Bussenregelung für Littering im öffentlichen Raum abgelehnt, auch mit dem Hinweis, dass die Kantone sich dieses Themas annehmen sollen.

Die Gemeinden haben die Möglichkeit in ihren Polizeireglementen Bussen für Littering festzulegen. Eine individuelle Anpassung der kommunalen Polizeireglemente ist jedoch nicht zielführend, da dies eine klare Kommunikation gegenüber der Bevölkerung verunmöglicht. Die Sensibilisierung für das Thema Littering und die Bereitschaft eigenverantwortlich zu handeln, scheint in der Bevölkerung noch zu wenig verankert zu sein, ja leider sogar abzunehmen. Wichtig ist es, mit einer prohibitiv hoch angesetzten Busse (z. B. CHF 300.–) ein starkes politisches Signal an die Bevölkerung zu senden und die Eigenverantwortung zu fördern.

Mitunterzeichnet von 49 Ratsmitgliedern